
BESAND, Anja:

**Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen.
Probleme und Perspektiven**

Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 2014.

ISBN 978-3-89974962-5; 236 S.; 22,80 €



Rezension von Dietrich PUKAS, Bad Nenndorf

**1 Begründung und Charakterisierung des zugrunde liegenden
Forschungsprojekts zur politischen Bildung an beruflichen Schulen**

Das Buch widmet sich einem großen Defizit in der fachdidaktischen Diskussion beruflicher Schulen, insofern es einen umfassenden, strukturierten Überblick über die Situation der politischen Bildung in diesem beachtlichen Bildungsbereich, die Probleme, Möglichkeiten und Ressourcen vermittelt. Die Veröffentlichung ist das Ergebnis eines **Forschungs- und Entwicklungsprojektes**, das an der TU Dresden durchgeführt wurde. Als Ziel wird die Intention verfolgt, die vernachlässigte politische Bildung an Berufsschulen analytisch und bildungspolitisch in den berufspädagogischen und berufsbildungspolitischen Diskurs einzubringen. Dabei geht das erkenntnisleitende Interesse der Pilotstudie über das reine Forschungsinteresse hinaus und soll zur Fortentwicklung der politischen Bildung in beruflichen Schulen beitragen, indem durch die Untersuchung der zentralen Probleme, Bedarfe und Chancen Ansatzpunkte für eine positive Einflussnahme in Form von Materialien, Kampagnen, Weiterbildungsangeboten u. Ä. geschaffen werden.

In den letzten 10 – 15 Jahren ist die Diskussion um die politische Bildung in der Bundesrepublik von zwei wesentlichen Grundfragen bestimmt: nämlich dem grundsätzlichen **Ziel politischer Bildung** im Rahmen von „Bildungsstandards und Kompetenzorientierung“ sowie der Absicht, im Kontext politischer Bildung breitere, insbesondere **bildungsferne Zielgruppen** anzusprechen. Dass dabei die politische Bildung in beruflichen Schulen, die mehr als 2,5 Mio. Schüler/-innen besuchen und günstige Lernorte bzw. Aktionsfelder für politische Bildung mit Lernenden als meist vollumfänglichen Mitgliedern des politischen Gemeinwesens darstellen, in der Politikdidaktik stark vernachlässigt wurde, erweist sich als Paradoxon und begründet das Forschungsvorhaben, über das in der vorliegenden Schrift berichtet wird.

Neben der Analyse und Auswertung der einschlägigen Fachliteratur und Dokumente (Publikationen, Gesetze, KMK-Vorgaben, Lehrpläne, Lernmittel) zur Gewinnung der relevanten Informationen und Daten, der zentralen Fragestellungen und Forschungshypothesen standen qualitative **Interviews der Bildungsverantwortlichen und -beteiligten** bzw. Experten, nämlich Hochschullehrer/-innen, Berufsschullehrer/-innen, Fachberater/-innen, Referendarausbilder/-innen, Studierende sowie Berufsschüler/-innen aus dem Bereich der politischen Bildung im Mittelpunkt des Forschungsvorhabens. Die Interviews wurden problemzentriert und

leitfadenunterstützt durchgeführt und ergänzend sowie teilweise vorbereitend wurden alle Gruppen noch schriftlich befragt. Diese Erhebungen sollten Aufschluss über die tatsächlichen Angebote der politischen Bildung in der Berufsschule, ihre Stärken, Schwächen, Wirkungen geben und deuten auf den explorativen Charakter der Pilotstudie hin.

2 Situation und Probleme politischer Bildung nach dem erhobenen Forschungsstand

Als wesentliche **Rahmenbedingung** politischer Bildung an beruflichen Schulen ist zunächst eine ungeheure **Heterogenität** festzustellen, die sich aus den unterschiedlichen Schularten des dualen Ausbildungssystems mit fächer- und lernfeldstrukturierten Ausbildungen, des Schulberufssystems mit vollzeitschulischen Ausbildungsgängen sowie des Übergangssystems ergibt und die noch zusätzlich durch die differenten institutionellen und curricularen Vorgaben der 16 Bundesländer gesteigert wird, sodass die Lehrer/-innen beruflicher Schulen ein extrem weites und differenziertes Feld unterrichtlicher Einsatzmöglichkeiten zu bewältigen haben, was auch auf die politische Bildung durchschlägt. Hinsichtlich ihrer Stellung im curricularen Gefüge der Berufsschule ist die politische Bildung einem historisch bedingten Spannungsverhältnis von allgemeiner und beruflicher Bildung unterworfen, das sie – wie im deutschen Bildungswesen überhaupt – in letzter Zeit mit Kürzungen und Marginalisierungen bedroht, obwohl sie im Feld der allgemeinbildenden Fächer der Berufsschule gegenüber Deutsch, Fremdsprachen, Religion/Ethik und Sport als relativ konstante Säule anzusehen ist. Zudem hat das Fach Politik/Sozialkunde, wenn auch stark reduziert auf die Bereiche Wirtschaft und Recht, für alle gewerblich-technischen und kaufmännischen Ausbildungsberufe als 3. schriftliches Prüfungsfach eine beachtliche Relevanz.

Was allerdings die **Umsetzung der politischen Bildung** im Unterricht der Berufsschule angeht, so besteht nach der Studie eine ungünstige Situation. Zum einen erweist sich die konkrete Stundenausstattung des Faches als kümmerlich, zum anderen verliert die eigentliche politische Bildung in Konkurrenz mit ökonomischen und rechtlichen Inhalten an Gewicht. Für die politische Bildung an beruflichen Schulen gibt es keine national verbindlichen Vorgaben wie mit den Rahmenlehrplänen für die berufsbezogenen Ausbildungsinhalte, denn sie ist Ländersache und die Bildungsstandards der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) sind von der KMK nicht als gültig beschlossen worden. Das gilt lediglich für die festgelegten KMK-Elemente des bundeseinheitlichen Prüfungsbereichs „Wirtschafts- und Sozialkunde“ im gewerblich-technischen und kaufmännischen Bereich der dualen Ausbildung. Daher fällt die Ausformung der **Länderlehrpläne** für die politische Bildung äußerst unterschiedlich aus, in Hessen konnte gar kein eigenständiger Lehrplan dafür ermittelt werden. Die Lehrpläne sind oft veraltet, berücksichtigen nicht die neueste Fassung der KMK-Elemente, enthalten engmaschige Lernziele und Lerninhalte, sind jedoch überwiegend schulformübergreifend angelegt und können an die heterogenen Anforderungen der Lernenden angepasst werden. In den letzten 10 Jahren lassen sie eine Tendenz zur Problem- und Handlungsorientierung erkennen, sind aber kaum wie in Niedersachsen bereits an Lernfeldern orientiert. Die **Fachbezeichnungen und -strukturen** schwanken zwischen dem Integrationsfach „Politik, Gesellschaft oder politische Bildung“ (Bremen, NRW, Nieder-

sachsen, Hamburg, SH) und der Zweifachstruktur „Gemeinschafts-/Sozialkunde“ für den politisch-rechtlichen Teil sowie „Wirtschaftskunde“ für die ökonomischen Inhalte (BW, Saarland, Sachsen, Thüringen, RP), während die vorgesehenen **Unterrichtsstunden** über die gesamte duale Ausbildung von 80 bis 240 variieren. Die politischen Themen sind zwar unterrepräsentiert, jedoch deutlicher vertreten als in den KMK-Prüfungsvorgaben. Nach den Befragungsergebnissen wirken sich indes die von den Kammern gesteuerten zentralen **Abschlussprüfungen** als mächtiger heimlicher Lehrplan auf die Unterrichtsgestaltung aus und die Prüfungsvorbereitungen bestimmen erheblich inhaltlich und methodisch das Lehr-Lern-Geschehen zu Ungunsten einer Kompetenzorientierung und emanzipativen gesellschaftlich-politischen Bildung.

Als weiteres gravierendes Defizit für die politische Bildung in beruflichen Schulen kommt hinzu, dass für diesen Lernbereich viel zu wenige angemessene **Unterrichtsmaterialien** zur Verfügung stehen. Besonders für unerfahrene und fachfremde Lehrkräfte sind geeignete **Schulbücher** wichtig, die einem Zulassungsprozess der Bildungsbürokratie unterworfen sind, den inhaltlichen sowie methodischen Qualitätsansprüchen der Lehrpläne und Bildungsvorgaben genügen sowie auf das Lernniveau der Jahrgangsstufen abgestimmt sein müssen. Angesichts der Vielfalt und Heterogenität in den beruflichen Schulen wären mehr und differenzierte Materialien nötig als an allgemeinen Schulen, jedoch das Gegenteil ist der Fall: Nur 30 fachspezifisch zugelassene Bücher für die Berufsschule ermittelten die Projektmitarbeiter, für den Übergangsbereich im BVJ und BGJ lediglich 3 speziell zugeschnittene Bücher, obwohl fast ein Drittel der Gesamtschülerschaft der beruflichen Schulen betroffen ist. Außerdem stammen die meisten Bücher noch aus dem letzten Jahrhundert, für Schulbuchverlage lohnt sich aufgrund der großen Differenziertheit und Zersplitterung die Produktion von Lernmaterialien nicht sonderlich. Die Politiklehrer/-innen müssten verstärkt selbst die Produktion von Unterrichtsmaterialien leisten, sind dazu aber wenig befähigt. Sie greifen für die ökonomische Bildung daher gerne auf die **kostenfreien Materialien** zurück, die von verschiedenen Trägern, Wirtschafts- und Interessenverbänden angeboten werden und eher tendenziös sind bzw. zur Indoktrination neigen. Die Bundeszentrale für politische Bildung sowie wenige Schulbuchverlage stellen zwar einige Materialien für berufliche Schulen bereit, sind aber bezüglich des Politikunterrichts hauptsächlich auf allgemeine Schulen und den außerschulischen Bildungsbereich ausgerichtet.

Als größtes Problem erweist sich allerdings der schwerwiegende **Mangel an ausgebildeten, kompetenten Politiklehrer(inne)n**, was im Einsatz fachfremder Lehrer/-innen nach dem Motto „Politik kann doch jeder unterrichten“ gipfelt. Zum Teil wird ihnen dieses Amt gar gegen ihren Willen aufgezwungen – ohne professionelle Vorbereitung, Unterstützung, Fortbildung. Wie hilflos und ohne rechte Orientierung Betroffene agieren, offenbaren die Interviews in erschreckender Weise und entlarvender Offenheit, ganz besonders wenn sie noch mit dem anzutreffenden Rechtsextremismus einiger Schüler/-innen konfrontiert werden. Zwar werden hier die Verhältnisse in Ostdeutschland und Erhebungsschwerpunkte durch den Standort der Forschergruppe in Sachsen betont, jedoch sind die Ausbildungsmöglichkeiten für die politische Bildung in beruflichen Schulen an allen 18 **Hochschulstandorten** quer durch die Republik im Regelfall nicht als angemessen einzustufen. Nach den Untersuchungsergebnissen werden die wenigen Studierenden des Fachbereichs nur als marginale Gruppe wahrge-

nommen und die Hochschullehrer haben als Politikwissenschaftler und -didaktiker meist keinerlei Erfahrung im beruflichen Bildungsbereich. So beklagen die Berufsschulstudierenden unzureichende spezifische Politikangebote und zu wenig Praxisbezug. Und die bildungspolitisch Verantwortlichen haben sich offenbar daran gewöhnt, den Berufsschullehrerbedarf mit Quereinsteigern und überzählig ausgebildeten Gymnasiallehrer(inne)n zu decken. Doch die **zweite Phase** der Berufsschullehrerausbildung für Politik ist ebenfalls mit Defiziten belastet und setzt das Manko fort, insofern es – vor allem in den neuen Bundesländern – an qualifizierten Ausbildungslehrern und Mentorinnen und gleichfalls methodisch-didaktisch befähigten Fachseminarleiter(inne)n für den Politik- und Sozialkunde-Unterricht fehlt. Umso mehr müsste eine intensive **Berufsschullehrerfort- und Weiterbildung** die Mängel auf diesem Gebiet kompensieren. Nach den Analyseergebnissen kann die dritte berufs begleitende Phase der Lehrerweiterbildung dies nicht gewährleisten, denn die Angebote der ländereigenen Lehrerfortbildungsinstitute und Landeszentralen für politische Bildung (beide in Niedersachsen von der Regierung Wulf abgeschafft und nicht wieder eingerichtet) präferieren die fachwissenschaftliche Vertiefung und allgemeine didaktisch-methodische Qualifizierung. Politikspezifischen Belangen der Berufsschullehrer/-innen wird nur selten entsprochen und es mangelt gleichfalls an entsprechender Nachfrage der betroffenen Lehrer/-innen.

3 Chancen und Ressourcen politischer Bildung an beruflichen Schulen

Da Unterrichtsqualität und Lernerfolg maßgeblich von Lehrkräften und ihren pädagogischen Kompetenzen abhängen, legt die in der Untersuchung aufgezeigte Misere dringenden Handlungsbedarf nahe und die Studienmitarbeiter haben Potenziale, Chancen und Ressourcen ermittelt, um Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der politischen Bildung an beruflichen Schulen zu gewinnen. Als **Potenzial der beruflichen Schulen** wird gesehen, dass sie die letzte institutionalisierte Möglichkeit darstellen, Schüler/-innen als junge Erwachsene systematisch durch Angebote zur politischen Bildung zu erreichen, weil ihr politisches Interesse durch zunehmendes Alter, lebensweltliche und berufliche Erfahrungen ausgeprägter ist als an allgemeinen Schulen. Als **Chance**, politische Bildung wirksam zu vermitteln, wird von den Lehrkräften eingeschätzt, dass die direkten Bezüge der Schüler/-innen zu ihrer Lebens- und Arbeitswelt durch den Status der Auszubildenden und die (bevorstehende) Volljährigkeit als Motivation herangezogen werden können, um sie als betroffene Bürger anzusprechen, die Geld verdienen, Steuern zahlen, Überstunden leisten, Urlaubsansprüche haben, Auto fahren, zu Hause ausziehen, als Versicherungsnehmer und Vertragspartner fungieren, mit Militär- und Zivildienst konfrontiert sind, ans Gründen einer Familie denken. Daran lassen sich gut naheliegende politischen Fragestellungen der Interessenwahrnehmung wie die der Steuerverteilung, des Wohnungsmarktes, der Verkehrspolitik u. a. anknüpfen. Als **Ressource** für die politische Bildung werden in der Studie vor allem die Erfahrungen des Berufsschullehrpersonals im Kompetenz basierten Unterricht, mit der Vermittlung beruflicher Handlungskompetenz sowie der Wende von der Input- zur Outputsteuerung herausgestellt. In dieser Beziehung können Politikdidaktiker und Politiklehrer/-innen profitieren, um die nationalen Bildungsstandards für den Fachunterricht der politischen Bildung nach dem Kompetenzmodell der GPJE umzusetzen sowie ein kompetenzbezogenes Prüfungswesen für die politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Auch die Verwirklichung des fächerübergreifenden **Lernfeld-**

konzepts begünstigt und stärkt die politische Bildung, wenn in Projekten und Komplexvorhaben aufgrund von Lehrerteamwork den Lernenden die gesellschaftlich-politischen Implikationen der berufsfachlichen Gegenstände im Zusammenhang bzw. in handlungsorientierten Lernsituationen erschlossen werden (vgl. z. B. PUKAS 2009a). Die Forscher führen zudem noch die **Akteurskonstellation** von Schule und Betrieb sowie die Kooperation der Lehrer/-innen und Ausbilder/-innen als günstige Voraussetzung für die politische Bildung auf.

Diese grundsätzlichen Chancen und Möglichkeiten politischer Bildung an beruflichen Schulen werden allerdings in der Unterrichtspraxis durch die ermittelten Mängel und Defizite beim Stundendeputat, bei Lehrplänen und Prüfungsvorgaben, Unterrichtsmaterialien und Medien, besonders bei den fach- und schulfremden, überalterten Politiklehrenden **eingeschränkt**. Gleichwohl gibt es einige engagierte, zweckmäßig ausgebildete, ebenfalls jüngere Politiklehrer/-innen, die in den Interviews neben den unqualifizierten, konfliktscheuen, angesichts des Rechtsextremismus gar hilflosen Lehrenden als Minderheit zu Wort kommen und neben den wenigen der aufgespürten angemessenen Politik-Schulbüchern und Materialien sowie hervorragenden Lehrplänen wie in Niedersachsen und NRW als **Musterbeispiele** dafür veranschlagt werden können, dass sich durch die richtigen Investitionen der politisch Verantwortlichen in diesem Bildungsbereich wichtiges Potenzial entfalten lässt (vgl. z. B. PUKAS 2009b).

4 Ansatzpunkte und Weiterentwicklung politischer Bildung

Zur Identifikation von Ansatzpunkten zur Weiterentwicklung der politischen Bildung in beruflichen Schulen beschäftigen sich die Verfasser des Buches nach der allgemeinen Situationsanalyse und fokussierten Befragungsanalyse zum dritten Mal mit den wesentlichen Untersuchungsaspekten und -ergebnissen (in zusammengefasster Form): Image der politischen Bildung, Heterogenität des Bildungsbereichs, Qualifikation des Personals, Lehrpläne, Materialsituation, Prüfungsvorgaben, Verankerung des Bildungsbereichs, Zugang zu Zielgruppen, Kompetenzorientierung. Sie destillieren dabei schwerwiegende und weniger wichtige Probleme sowie untergeordnete und qualifizierte Chancen heraus und kommen schließlich zu vier **Ansatzpunkten der Verbesserung**:

1. **Lobbyarbeit** – Arbeit am Image des Bildungsbereichs (mehr politische gegenüber ökonomischen und rechtlichen Inhalten, kein Randstundenfach, Verzicht auf fachfremde Lehrer/-innen, Imagekampagne);
2. Umgang mit **Heterogenität** und schwierigen Zielgruppen (als Chance statt als Problem begreifen und konkrete Hilfen und Unterstützung anbieten, nicht zuletzt durch Lehrplangestalter und Materialienentwickler);
3. Verbesserung der **Aus- und Weiterbildungssituation** (Qualifikation der Lehrer erweist sich als Schlüsselproblem, gravierende Mängel der Aus- und Weiterbildung besonders in der Fachdidaktik und -methodik beseitigen);
4. Veränderung der **zentralen Abschlussprüfungen** (Funktion als heimlicher Lehrplan abschaffen, statt Reproduktion ökonomischer und rechtlicher Inhalte Fokussierung auf politische Fragestellungen mit kompetenzorientierter Gestaltung).

Für die angestrebte Weiterentwicklung der politischen Bildung und etwaige Fortführung des Forschungsprojekts sollte m. E. Folgendes berücksichtigt werden:

- Es müssen genügend Berufsschullehrer/-innen mit dem **Zweifach Politik** ausgebildet werden, wozu eine vielseitige Imagekampagne von allen zuständigen politischen Akeuren, aber auch durch die Berufsschullehrer/-innen selbst (bei ihren Schülern, Praktikanten) vonnöten ist, und zwar mit dem Hauptziel, qualifizierte Fachlehrer für durchgängig zwei Wochenstunden Politikunterricht als Fach und integrativ in Lernfeldern zu gewinnen (vgl. PUKAS 2009b; 2012).
- Eine Aufwertung und ein Ausbau der Hochschuldidaktik, Didaktik beruflicher Bildung, Fächerdidaktik, Politikdidaktik im Hochschulbetrieb ist erforderlich, denn qualifizierte **Fachdidaktiker** sind Schlüsselfiguren, die dringend in der Hochschulbildung, im Studienseminar, bei der Lehrerfort- und Weiterbildung, für die Curriculumentwicklung, nicht zuletzt für die Unterrichtsoptimierung und Innovationsprozesse in den Schulen/Berufsbildungszentren) gebraucht werden (vgl. PUKAS 2013a).
- Im Rahmen der Politikdidaktik sollte ein mehrdimensionaler Politikbegriff sowie eine **kritische Gesellschaftslehre** mit den Machtverhältnissen, Interessenlagen, Handlungsstrategien der gesellschaftlichen Gruppen vermittelt werden, dann kann man nämlich bei den ökonomischen und rechtlichen Inhalten zum politischen Kern vordringen und auch mit diesen politische Bildung gestalten. Die Themen der Schulformen übergreifenden Richtlinien und Rahmenlehrpläne sind nicht einfach zu wiederholen, sondern jeweils auf verschiedenen Ebenen und Komplexitätsstufen in konzentrischen Kreisen zu erschließen (vgl. PUKAS 2009a; 2009b).
- **Fortschrittliche Richtlinien** bzw. innovative umfassende Lehrpläne wie die Niedersächsischen Politik-Rahmenrichtlinien, die bereits in den 1990er Jahre eine progressive Vorgängerin hatten, sollten in den Bundesländern Schule machen und dem Föderalismus zum Vorteil gereichen (vgl. NDS. KUMIN. 2011; PUKAS 2013b). Sie sollten daher im Forschungsprojekt eine gebührende Beachtung finden.
- Das Gleiche sollte für **vorbildliche Schulbücher** gelten, die als Lehr-, Lern- und Arbeitsbücher einschließlich Lehrerhandbuch hervorragende Hilfen gerade für noch unerfahrene Politiklehrer/-innen bieten können, wie z. B. das im Anhang des vorliegenden Werkes aufgeführte Schulbuch „Zukunft gestalten – Politik“ von KAISER u. a., das vor allem in norddeutschen Ländern zugelassen ist, was ein gewisses „Emanzipationsgefälle“ Richtung Süden markieren könnte und überwunden werden sollte (vgl. PUKAS 2009b).
- Ein großer Gewinn für die **Politikdidaktik** wäre schließlich, wenn man PETER WEINBRENNERS einst verbreitete praxisbezogene Schriftenreihe zur Didaktik der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Bielefeld reaktivieren könnte. Mit seinem ökologisch fundierten Konzept hat er erfolgreich die Politiklehreraus- und Weiterbildung sowie die Rahmenrichtlinien für den Politikunterricht in NRW und Niedersachsen geprägt und bereichert (vgl. PUKAS 2009a; 2009b). Sein ehemaliger Mitarbeiter THOMAS

RETZMANN ist heute Autor beim Wochenschau Verlag, bei dem das rezensierte Buch erschienen ist und das eine weite Verbreitung sowie Resonanz finden müsste.

Literatur

Bonz, B./Kochendörfer, J./Schanz, H. (Hrsg.) (2009): Lernfeldorientierter Unterricht und allgemeinbildende Fächer. Baltmannsweiler.

Niedersächsisches Kultusministerium (Hrsg.) (2011): Rahmenrichtlinien für das Fach Politik in der Berufseinstiegsschule, Berufsschule, Berufsfachschule, Fachoberschule, Berufsober- schule, Fachschule, im Beruflichen Gymnasium – Einführungsphase. Hannover (Bezug unter: <http://www.nibis.de>).

Pukas, D. (2009a): Gesellschaftlich-politische und sprachlich-kommunikative Implikationen von Lernfeldern des Berufsfeldes Metalltechnik am Beispiel Industrie- und Konstruktions- mechaniker/-innen. In: BONZ, B. et al., 56-70.

Pukas, D. (2009b): Berufsschulpolitik und politische Bildung in der Berufsschule zwischen demokratisch-emanzipatorischem Anspruch und sozio-ökonomischem Gestaltwandel in Deutschland: Eine sozial-historische Untersuchung mit Schwerpunkt um die Jahrhundert- wende 2000. Hamburg.

Pukas, D. (2012): Gestaltung des Verhältnisses von beruflicher und allgemeiner Bildung als Zugang zur Hochschulbildung. In: *bwp@* Ausgabe Nr. 23. Online: www.bwpat.de/ausgabe23/pukas_bwpat23.pdf.

Pukas, D. (2013a): Begriffliche Verortung und Strukturkonzept einer Fachrichtung und Lern- ort übergreifenden Didaktik beruflicher Bildung. In: *bwp@* Ausgabe Nr. 24. Online: www.bwpat.de/ausgabe24/pukas_bwpat24.pdf.

Pukas, D. (2013b): Aktuelle und fortschrittliche politische Bildung in beruflichen Schulen. Zu den neuen Rahmenrichtlinien für das Fach POLITIK in den beruflichen Schulen Nieder- sachsens. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 109, H. 3, 448-455.

Diese Rezension ist seit dem 18.11.2014 online unter:

http://www.bwpat.de/rezensionen/rezension_13-2014_besand.pdf